

Thema:

**Evaluierung der Möglichkeiten zur Schaffung/Betrieb sog.
„Volksgaragen“ in der Donaustadt**

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 15.06.2022 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien umfassend evaluieren, in welchen Bereichen der Donaustadt sog. „Volksgaragen“ errichtet bzw. betrieben werden könnten.

Begründung

Viele Bereiche der Donaustadt sind nach wie vor durch öffentliche Verkehrsmittel schlecht erschlossen. Vielfach besteht keine vernünftige Alternative zum Privat-Kfz, um die notwendige Mobilität sicherstellen zu können. Die flächendeckende Kurzparkzone ist daher nicht nur vielfach für die betroffene Wohnbevölkerung ein Ärgernis, sondern stellt insbesondere für Einpendler in die Donaustadt eine neue Belastung dar.

Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen von Wirtschaftstreibenden, wie auch insbesondere aus dem pädagogischen Bereich (Lehrer/-innen, Kindergartenpersonal, etc.), sind daher bisher offensichtlich nicht mitbedachte, wiewohl notwendige, Begleitmaßnahmen dringend zu prüfen.

Ansonsten droht eine – wohl nicht intendierte – Abwanderung von Wirtschaftsbetrieben, Arbeitsplätzen und/oder -kräften aus der Donaustadt.

Eine solche Begleitmaßnahme könnte die Errichtung und der Betrieb sog. „Volksgaragen“ (d.h. kommunal getragener bzw. subventionierter Garagen- oder

Parkplätze) sein. Es wird daher angeregt, seitens der Stadt Wien näher zu evaluieren ob und ggf. wo in der Donaustadt ein entsprechender Bedarf bzw. die Möglichkeit zur Errichtung/Betrieb bestehen könnte

